VR-05-087 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu VR-05

Von Zeile 87 bis 94:
~~Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat und verhindert, dass Menschen in Arbeit kommen. Kürzungen helfen dem Haushalt kaum, würden aber Armut verfestigen und Fachkräftepotenziale verschenken. Dennoch braucht das Bürgergeld Reformen: Unklare Anreizstrukturen, hohe Transferentzugsraten und zu langsame Verfahren erschweren die Integration in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Mit gezielten Änderungen ließen sich die Anreize deutlich verbessern.~~

Die Debatte über das Bürgergeld stigmatisiert die betroffenen Menschen, spaltet die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat. Statt die Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen die Menschen unterstützt und gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden. Mit dem Bürgergeld haben wir dafür bereits wichtige Instrumente geschaffen. Dabei liegt der Fokus auf Qualifizierung, soziale Teilhabe und Maßnahmen, mit denen eine nachhaltige Vermittlung in Arbeit gefördert wird. Diese Angebote wollen wir weiterentwickeln und zudem einen Fokus auf die Gesundheit der Erwerbslosen legen. Darüber hinaus erschweren zu langsame Verfahren die Integration in Arbeit und außerdem müssen die Beschäftigten, die aufstocken müssen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht, zu viel von ihrem Einkommen abgeben.

Begründung

1/2 Teil 1 des Antrags:

Die Passage zum Bürgergeld sollte deutlich machen, dass die Debatte der Union nicht zielführend ist und zudem sollten wir die Ziele, die mit dem Bürgergeld verbunden sind, mehr hervorheben. Dies würde auch mehr dem Bundestagswahlprogramm entsprechen. Deshalb hat GewerkschaftsGrün diesen Änderungsantrag gestellt.

weitere Antragsteller*innen

Dennis Kurzweil (KV Aachen); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Sarah Gonschorek (KV Soest); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Marco Tiedtke (KV Leipzig); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Isabella Albert (KV Bremen Links der Weser (LdW); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord); Michael Gümbel (KV Hamburg-Mitte); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ursula Richter (KV Offenbach-Stadt); Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr); Arne Winkelmann (KV Wittmund); Meike Günter (KV Ludwigsburg); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.